

## A n t w o r t

des Ministeriums der Finanzen

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Martin Brandl (CDU)  
– Drucksache 17/12020 –

### Bauliche Maßnahmen Amtsgericht Germersheim

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/12020** – vom 8. Juni 2020 hat folgenden Wortlaut:

In Drucksache 17/6751 vom 11. Juli 2018 schreibt die Ministerin der Finanzen zur Planung baulicher Maßnahmen am Amtsgericht Germersheim:

„Bauliche Maßnahmen sind notwendig zur Verbesserung des Brandschutzes im Bereich der Flucht- und Rettungswege und erforderlich zur barrierefreien Erschließung der öffentlich zugänglichen Gerichtsbereiche. Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie sind Lösungswege sowohl für die Ertüchtigung der Flucht- und Rettungswege als auch zur barrierefreien Erschließung aufgezeigt. Der Planungsauftrag für eine Haushaltsunterlage-Bau ist erteilt.“

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie ist der Sachstand bei den Planungen für erforderliche bauliche Maßnahmen am Amtsgericht Germersheim?
2. Welche Maßnahmen sind geplant?
3. Wann sollen diese im Einzelnen umgesetzt werden?
4. Warum wurde damit noch nicht begonnen?

Das **Ministerium der Finanzen** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 25. Juni 2020 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Für das bestehende Amtsgerichtsgebäude wurde eine Sanierungs- und Umbauplanung auf Grundlage einer Bestandsanalyse erstellt. Derzeit wird diese Sanierungsvariante im Vergleich zu einem möglichen Neubau im Rahmen einer Gesamtwirtschaftlichkeitsbetrachtung bewertet.

Zu Frage 2:

Bauliche Maßnahmen sind u. a. notwendig zur Verbesserung des Brandschutzes im Bereich der Flucht- und Rettungswege. Außerdem fehlt die barrierefreie Erschließung der öffentlich zugänglichen Gerichtsbereiche.

Zu Frage 3:

Nach Abschluss der Gesamtwirtschaftlichkeitsbetrachtung werden die weiteren Planungsschritte eingeleitet. Bei einer Entscheidung für die Sanierungsvariante müsste gegebenenfalls Art und Umfang einer Interimslösung zusätzlich geklärt werden.

Zu Frage 4:

Siehe Antwort zu Frage 3.

Doris Ahnen  
Staatsministerin